

PV1 Beteiligungs- und Abstimmungsverfahren zur Ergänzung und Aktualisierung des Kommunalwahlprogramms 2020

Gremium: Vorstand
Beschlussdatum: 03.06.2020
Tagesordnungspunkt: 4.2. Weiteres Vorgehen und Abstimmungsverfahren

Antragstext

1 Das am 7. März 2020 beschlossene Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2020 wird durch
2 Forderungen ergänzt, die auf die aktuelle Krise im Rahmen der globalen Corona-
3 Pandemie eingehen.

4 Um ein zeitnahes und partizipatives Verfahren zu ermöglichen wird folgendes
5 vereinbart:

6 Auf der Grundlage des heute vorgestellten Entwurfs des Vorstands zur
7 Aktualisierung des Wahlprogramms begibt sich die Mitgliedschaft in ein
8 Beteiligungsverfahren, das mit der Abstimmung über mögliche Änderungsanträge und
9 einer Gesamtabstimmung des aktualisierten Wahlprogramms **online** endet.

10 Spätestens am 14. Juni 2020 werden alle Mitglieder, die beim Kreisverband eine
11 E-Mail-Adresse hinterlegt haben, zum **online** Beteiligungsprozess per E-Mail
12 eingeladen.

13 Ausschließlich bis zum 25. Juni 2020, 23:59 und **ausschließlich** über das grüne
14 Antragstool "**Antragsgrün**" haben Mitglieder die Möglichkeit Änderungsanträge an
15 den oben genannten Entwurf des Vorstand in diesen Bereichen zu stellen:

- 16 • Präambel
- 17 • Kapitel Finanzen
- 18 • Kapitel Wirtschaft
- 19 • Kapitel Düsseldorf gut regiert
- 20 • Corona-Extra NEU

21 Am 27. Juni werden zuvor mit dem Vorstand nicht geeinte Änderungsanträge den
22 Mitgliedern in zugangsgeschützten Online-Umfragen zur Abstimmung vorgelegt. Die
23 Abstimmungsergebnisse werden im einzelnen bekannt gegeben und anschließend wird
24 eine Gesamtabstimmung der Programmaktualisierung/-ergänzung als Online-Umfrage
25 durchgeführt.

Entwurfs des Vorstands zur Aktualisierung des Wahlprogramms

Lesehinweis: alle Texte und Absätze, die nicht Bestandteil der am 07.03.2020 beschlossenen Fassung sind, sind unterstrichen.

Klarer Kompass für Krisenzeiten

Digitaler, solidarischer, nachbarschaftlicher

Unser Alltag hat sich in den letzten Wochen und Monaten in noch nie dagewesener Weise verändert. Die Corona-Pandemie hat große Auswirkungen auf fast alle unsere Lebensbereiche. Zu Beginn der Pandemie war schnelles Handeln erforderlich: Zuhause bleiben und von zuhause arbeiten wurde zur Norm, Schulen und Kitas wurden geschlossen, Abstandsregeln und Kontaktsperren wurden verhängt. „Flatten the Curve“ war das Ziel. Wir haben es in den vergangenen Wochen und Monaten gemeinsam erreicht. Dank der großen Solidarität der Düsseldorfer*innen, die notwendigen Maßnahmen umgesetzt haben, um sich und ihre Mitmenschen zu schützen und dank dem unermüdlichen Einsatz aller Helfer*innen, Pfleger*innen, Ärzt*innen, Erzieher*innen, Verkäufer*innen und vielen Anderen konnten wir diese Herausforderung bisher gut meistern.

Inzwischen konnten die Maßnahmen gelockert werden. Aber die Pandemie und ihre Folgen sind noch nicht vorüber. Auch im Hinblick auf die nächsten Wochen und Monate steht fest: Diese Krise bewältigen wir nur gemeinsam und solidarisch.

Agiler - nachhaltig handlungsfähig

Viele Menschen sind nicht nur gesundheitlich, sondern auch in ihren sozialen Beziehungen und wirtschaftlich akut von der Coronakrise und ihren Folgen betroffen. Beschäftigte fürchten Entlassungen, Selbstständige warten verzweifelt auf Aufträge, Minijobber*innen bleiben ohne Job. Das Ausbleiben von Gewerbesteuereinnahmen und zusätzliche Ausgaben stellen auch den städtischen Haushalt vor Herausforderungen (**Verweis Finanzen**). Mit voranschreitenden Lockerungen wird die Frage immer wichtiger, mit welcher Strategie wir Betroffenen helfen und diese Krise bewältigen wollen. Wir sind sicher: Das geht nur sozial, gemeinschaftlich und nachhaltig.

Für uns ist klar: Konjunkturpakete, die Schaffung von guten Arbeitsbedingungen und klimafreundliche Investitionen gehen Hand in Hand. Wir werden den Aufschwung nicht mit

Plänen von gestern schaffen. Nur ein Aufbruch, der die Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie mit den nötigen Veränderungen für Klimaschutz, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenbringt, kann uns nachhaltig und wirksam aus der Krise führen. Die staatlichen Mittel müssen tatsächlich dem Wohlergehen der Bürger*innen und der Stadt - kurz- wie auch langfristig - zugutekommen.

Die Corona-Pandemie darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Klimakrise ungehindert fortschreitet und unser dringendes Handeln erfordert. Die Coronakrise kann uns in Sachen Klimakrise um Jahre zurückwerfen, wir können aber auch die Chance nutzen und den Aufbruch aus beiden Krisen angehen. Wir wollen Konjunkturprogramme und Investitionen in den Klimaschutz zusammendenken. Kommunale Förderprogramme sollen sich nach ökologischen Kriterien richten und den Klimaschutz in den Mittelpunkt stellen, um unsere städtische Wirtschaft wiederzubeleben und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag für ein klimaneutrales Düsseldorf 2035 zu leisten. Klimaschutz? Jetzt erst recht! **(Verweis Klima)** Denn auch die finanziellen Herausforderungen der Coronakrise können nicht als Ausrede für weniger Klimaschutz herhalten. Eine ungelöste Klimakrise kommt uns mittel bis langfristig viel teurer als die anstehenden Investitionen. Daher müssen wir jetzt die Fördermöglichkeiten u. a. der KfW-Bank und die generelle Niedrigzinslage nutzen, um in Klimaschutz zu investieren und gleichzeitig die Konjunktur, insbesondere das Handwerk, zu stützen. **(Verweis Kapitel Klima, Wirtschaft)**

Viele Düsseldorfer*innen sind in den letzten Wochen aufs Rad umgestiegen, um die engen Kontakte in Bus und Bahn zu vermeiden oder um dem Lagerkoller entgegenzuwirken. Mit „Pop-up-Bike-Lanes“ - kurzfristig und provisorisch eingerichteten Fahrradstreifen - und der dauerhaften Umnutzung von Autospuren für den Radverkehr wollen wir mehr Platz und Sicherheit für Radfahrer*innen schaffen und unsere Fahrradinfrastruktur für das erhöhte Verkehrsaufkommen fit machen. Das ist bereits aus Gründen der Verkehrssicherheit dringend geboten. Es bietet für unsere Stadt aber auch eine enorme Chance, wenn wir die Neuradler*innen und auch ehemalige ÖPNV-Nutzer*innen, die mit den zunehmenden Lockerungen vor der Frage nach dem Umstieg auf den PKW stehen, dauerhaft vom Fahrradfahren begeistern können. **(Verweis Mobilität)**

Für uns ist klar: Der ÖPNV darf nicht Kürzungen durch den Corona-Rotstift zum Opfer fallen. Auf die Nutzung von Bus und Bahn sind viele Düsseldorfer*innen angewiesen. Die verpflichtende Verwendung eines Mund-Nase-Schutzes hat schon viel Sicherheit gebracht. Damit sich die Düsseldorfer*innen weiterhin auf einen sicheren und verfügbaren ÖPNV verlassen können und das Infektionsrisiko so niedrig wie möglich bleibt, dürfen weder Taktungen verkürzt noch Fahrten gestrichen werden. **(Verweis Mobilität)**

Während der Corona-Pandemie stand der Flughafen praktisch still. Auch dauerhaft wird mit ca. 30 % weniger Flugverkehr als noch 2019 gerechnet. Daher ist die geplante Kapazitätserweiterung noch weniger nötig und sinnvoll als sie es ohnehin schon war. Wir machen Druck, damit bei Hilfsmaßnahmen im Flugsektor stets auch der

Fernverkehr auf der Schiene profitiert. Stadt, Land und Bund müssen ihren zukünftigen Einfluss für einen echten „Zukunftspakt DUS“ nutzen: Kein Hub sondern ein Flughafen für Düsseldorf und die Region, Flughafen mit weniger Emissionen, besserem Lärmschutz, sicherer Nachtruhe und sozial ausgewogenen Restrukturierungen.

(Mobilität)

Während der Coronapandemie haben alle Beteiligten an einem Strang gezogen. Die Politik hat zügig Beschlüsse vorgelegt und die Stadtverwaltung Anträge der lokalen Wirtschaft auf finanzielle Unterstützung in Windeseile bearbeitet. Wir sehen dies als enormen Gewinn an - die agile Verwaltung muss sich in Strukturen, Instrumenten und der Weiterqualifizierung von Mitarbeiter*innen manifestieren. Die Lehren aus der Coronakrise zeigen uns: Wir können schnell und entschieden handeln. So wollen wir beispielsweise auch beim Klimaschutz und im Bürger*innenservice neue Wege gehen.

(Düsseldorf gut regiert, Digitalisierung)

In Krisenzeiten werden Bildungsungerechtigkeiten verschärft. Wir GRÜNEN wollen Schüler*innen, die zuhause über keine ausreichenden digitalen Mittel verfügen, mit adäquater digitaler Ausstattung unterstützen. Außerdem wollen wir Nachhilfeangebote für Schüler*innen schaffen, die zuhause nicht die notwendige Unterstützung beim Lernen erhalten.**(Verweis Schule)**

Das Arbeiten von Zuhause ist nicht nur ein deutlicher Beitrag zum Klimaschutz, sondern gibt vielen Arbeitnehmer*innen durch die gesparte Fahrzeit auch die Möglichkeit, mehr Zeit mit ihren Familien zu verbringen und Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Die Stadt muss sich bei allen Arbeitsfeldern, wo dies möglich und sinnvoll ist, für ein dauerhaftes Recht auf Home Office einsetzen. Die Stadtverwaltung muss als Arbeitgeberin hier selbst mit positivem Beispiel vorangehen. **(Digitale Transformation)**

(Grundsätzliches zur Digitalisierung findet sich im Kapitel Digitalisierung)

Näher - Trotz Abstand

In Krisenzeiten haben viele Menschen ihren Nachbar*innen Hilfe angeboten – bei den Einkäufen geholfen oder emotional bei Einsamkeit unterstützt. Trotz physischer Distanz sind die Bürger*innen stellenweise zusammengerückt. Balkonkonzerte- und lesungen wurden veranstaltet und das Interesse an der unmittelbaren Umgebung gestärkt. Wir setzen uns weiter für eine solidarische Stadt, soziale Wärme und Gemeinschaftlichkeit ein und unterstützen die quartiersorientierte Nachbarschaftshilfe auch nach der Pandemie. Eine Post-Corona-Stadt ist eine lebende, solidarische Stadt, die gegen Einsamkeit ankämpft.

(Verweis Quartier)

Besonders hat sich eine große Solidarität unter den Generationen gezeigt. Menschen aller Altersgruppen haben viel entbehrt, um ihre Lieben zu schützen. Junge Menschen haben Aufgaben für Ältere übernommen. Wir wollen durch die Einrichtung einer Taschengeldbörse auch weiterhin Jung und Alt zusammenbringen, Älteren helfen und Jugendlichen gegen die Übernahme kleiner Aufgaben ein kleines Taschengeld ermöglichen.

(Verweis Jugend)

Die Beschränkungen der Corona-Pandemie haben uns mehr denn je bewusst gemacht, dass wir unsere Straßen zum Leben, zur Erholung und zur Begegnung benötigen. In Städten wie Wien oder London wurden Straßen für Autos gesperrt und in Gehwege umgewandelt, in Berlin werden sie zu Spielstraßen umfunktioniert. Auch nach Corona wollen wir die Rückeroberung des öffentlichen Raums durch Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, Begrünung und Kultur fördern und mehr Platz für kreative Nutzung und Kunst schaffen. Eine Ausweitung der Außengastronomie soll Quartiere lebendiger machen und die durch das Virus stark gebeutelten Restaurants und Kneipen unterstützen.

Ferner konnte man große Unterstützung für den lokalen Handel und Gewerbe feststellen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass diese Wertschätzung der vor Ort verankerten Wirtschaftsstrukturen auch nach der Krise fortbestehen bleibt. Eine resilientere Versorgung der Bürger*innen und der Erhalt des aussterbenden Einzelhandels insbesondere vor Ort in den Stadtteilen rücken damit in den Fokus.

Wir wollen eine Diskussion über die Rolle der Innenstädte und Stadtteilzentren der Zukunft anregen. Die Innenstadt der Zukunft darf nicht alleine Einkaufsort sein. Sie muss multifunktional werden: Arbeits-, Wohn-, Begegnungs-, Spiel-, Betreuungs-, Lern-, Logistik-, Gastronomie- und Einkaufsmöglichkeiten sollen klug miteinander kombiniert werden. Dazu wollen wir beispielsweise Flächen und Räumlichkeiten vielseitig nutzen.

(Verweis Stadtplanung, Mobilität, Wirtschaftsförderung)

Das ständige Zuhause Bleiben in den letzten Wochen und Monaten hat uns nochmal verdeutlicht, wie groß der Einfluss des sozialen Status auf die Wohnform und damit die Lebensqualität ist. Kleine Wohnungen und wenig Platz, der mit vielen Menschen geteilt werden muss, ohne die Möglichkeit in einem Garten oder auf einem Balkon an der frischen Luft entspannen zu können, können für viele Menschen sehr belastend sein. Wir wollen, dass auch günstige Wohnungen Zugang zu Gärten und grünen Flächen erhalten.

Auch durch den Wegfall der Osterferien als Reisezeit wurde die Qualität von Erholungsräumen in unmittelbarer Nähe wiederentdeckt. Für ein lebenswertes Düsseldorf sind der Erhalt und die Pflege unserer Grünflächen und der Einsatz gegen fortschreitende Flächenversiegelung von zentraler Wichtigkeit. Sie erlauben Erholung, Freizeitgestaltung

und Durchatmen - auch wenn es zuhause vielleicht mal zu eng wird. Wir wollen nicht zuletzt auch Potenziale der Entsiegelung von öffentlichen Flächen in den Fokus nehmen.

(Wohnen, Umwelt)

Die deutliche Zunahme von Homeoffice-Aktivitäten in der Coronazeit hat leere und verwaiste Bürokomplexe zur Folge. Während zu erwarten ist, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Beschäftigten auch in Zukunft verstärkt von einem externen Platz aus arbeiten wird, bietet das die Gelegenheit, den tatsächlichen Bedarf an Büroimmobilien und -flächen zu überdenken und Gebäude in eine andere Nutzung zu überführen. So kommt unter anderem die Umnutzung zur Schaffung von Wohnraum infrage. Dies entlastet den Wohnmarkt und bietet die Möglichkeit, wertvolle Grünflächen zu erhalten statt sie zu bebauen.

(Verweis Wohnen)

Öffentlicher - die Stadt als bewusster Akteur

Während der Coronapandemie hat sich die Wahrnehmung "systemrelevanter" Sektoren deutlich verschoben. Während man in der Finanzkrise die Banken und kürzlich die Autoindustrie als "systemrelevant" verstanden hat, sind es nun Beschäftigte gewesen, die sonst selten im Fokus sind: Pfleger*innen, Mitarbeiter*innen im Einzelhandel, Erntehelfer*innen, Erzieher*innen, Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung.

Es waren Angehörige dieser Berufsgruppen, die trotz akuter Bedrohungslage Tag für Tag für das Gemeinwohl ihrer Arbeit nachgegangen sind. Es ist essentiell, dass diese Menschen Unterstützung, Wertschätzung und vor allem dauerhaft besser Arbeitsbedingungen und Entlohnung erhalten. Es darf nicht beim abendlichen Applaus bleiben. Darauf muss die Stadt – wo immer möglich – hinwirken.

(Soziales)

Die Stadt muss in Zukunft mit klaren öffentlichen Vorgaben oder einer Steuerung stärker als Akteur zum Schutz der Gesundheit der Bürger*innen in Erscheinung treten. Die Coronapandemie hat die Vorteile eines resilienten, öffentlichen und gut finanzierten Gesundheitssystems aufgezeigt. Wir treten dafür an, Verantwortung zu übernehmen und diese Aufgabe nicht dem privaten Gewinnstreben unterzuordnen.

Es braucht für die Zukunft einen städtischen Notfall-Pandemieplan. Teil dieses Plans muss beispielsweise sein, dass Düsseldorf eigene Krisenreserven aufbaut und Beschaffung zentral organisiert. Das Gesundheitswesen muss zudem digitaler aufgestellt werden. Mitarbeiter*innen in sogenannten systemrelevanten Berufen, sollte vernünftig bezahlt werden.

So befreiend die zunehmenden Lockerungen sind, müssen wir uns dennoch bewusst sein, dass die Gefahr wiederkehrender Wellen weiter bestehen wird. Deshalb sprechen wir uns für eine Beibehaltung des Mundschutzgebotes im ÖPNV und an sensiblen Orten aus, solange es keine grundsätzliche Entwarnung des Robert-Koch-Institut gibt. Testkapazitäten müssen aufrechterhalten, Hygienemaßnahmen - besonders in Pflegeheimen - fortgeführt und die Fallnachverfolgung weiter praktiziert werden.

(Verweis Gesundheit, Soziales)

Düsseldorf hat in der Corona-Pandemie schnell reagiert und die Unterkünfte für wohnungslose Menschen ausgeweitet, um Abstand zu ermöglichen. Wir wollen die Unterbringung von wohnungslosen Menschen auch nach Corona weiterentwickeln, hin zu mehr Wohnen und weniger Unterbringung. Beispielsweise indem wir verstärkt in den städtischen Wohnungsbau investieren und indem wir die Kooperation mit der Wohnungswirtschaft intensivieren. (Verweis Wohnen & Soziales)

Für Menschen mit psychischen Störungen und Süchten ist die Corona-Pandemie sowie die daraus folgende Isolation besonders belastend und gefährlich. Wir wollen Angebotsstrukturen verstärken und den Menschen die Möglichkeit geben, schnell und unbürokratisch Hilfe von dafür ausgebildeten Personen zu erhalten.

(Soziales)

Corona hat verdeutlicht, wie unverzichtbar barrierefreie Kommunikation ist. Ob Plakate, Corona-Hotline oder die Homepage der Stadt: Bürger*innen und Gäste unserer Stadt müssen auch mehrsprachig sowie in leichter Sprache informiert werden.

Corona hat außerdem auch gezeigt, wie anfällig unsere Gesellschaft für Verschwörungstheorien und rassistische Problemzuschreibungen - diesmal besonders gegen ostasiatisch gelesene Menschen - ist, die eifrig von Rechts ausgenutzt werden. Wir GRÜNE treten weiterhin entschieden gegen jede Form von Rassismus und Menschenfeindlichkeit ein und werden auch in den städtischen Strukturen die Resilienzen weiter stärken. Demokratieprojekte und -bildungsangebote werden wir ausweiten und weiter entwickeln.

(Verweis Gleichstellung und Vielfalt, Demokratie und gegen Rechts)

Besonders dort, wo Menschen auf engem Raum zusammenleben, besteht ein großes Ansteckungsrisiko - so auch in Flüchtlingsunterkünften. Die Coronapandemie hat aufgezeigt, dass einige Unterkünfte in Düsseldorf nicht ausreichend Abstand ermöglichen. Besonders gemeinschaftliche Strukturen wie Küchen und sanitäre Bereiche sind ein empfindliches Nadelöhr. Ferner wollen wir weitflächigere WLAN-Netze in Unterkünften einrichten, damit Menschen bei der Nutzung digitaler Bildungs- und Informationsangebote nicht auf engem Raum zusammentreffen müssen.

Noch sehr viel gravierender ist die Lage der Geflüchteten in Flüchtlingslagern beispielsweise auf den griechischen Inseln. Auf engstem Raum untergebracht - in Zeiten von Corona ein doppelter Albtraum. Ohne Hygienestandards, ausreichend Wasser und Möglichkeiten, sich zu schützen, sind diese Menschen dem Virus ausgeliefert. Unsere Solidarität kann Menschenleben retten! Düsseldorf muss zusammen mit den anderen Städten, die sich zur Aufnahme aus Seenot geretteter Flüchtlinge ausgesprochen haben, für die Evakuierung dieser Lager und die Aufnahme deren Bewohner*innen, insbesondere unbegleiteten Minderjährigen und Familien mit Kindern, eintreten.

(Verweis Integration und Teilhabe)

PRÄAMBEL

Liebe Düsseldorfer*innen,

am 13. September haben Sie die Wahl: für den Stadtrat, die Bezirksvertretungen, den Integrationsrat und den/die Oberbürgermeister*in. Die Kommunalwahl 2020 ist die erste Wahl seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie. Deren Eindämmung wird auch in den kommenden Monaten eine unserer wichtigsten Aufgaben sein.

Sie entscheiden durch Ihre Stimmen mit, wie wir in Düsseldorf die Krise bewältigen, wie die oft genannte "neue Normalität" aussieht und auch, welche Weichen für die Zukunft gestellt werden.

Wir GRÜNE stehen für ein zukunftsfestes Düsseldorf, für ein lebenswertes, gesundes und rheinisches Düsseldorf. Mit einem GRÜNEN Zukunftspakt verknüpfen wir die Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise mit Lösungen für den Klimaschutz, für soziale Gerechtigkeit, für eine tolerante und offene Gesellschaft. Wir wollen das neue Jahrzehnt zu einem Jahrzehnt des grünen Aufbruchs machen, um uns und den kommenden Generationen ein gutes Leben in Düsseldorf zu ermöglichen.

Gemeinsam arbeiten wir daran, dass unsere Kinder und Enkelkinder - trotz krisenreichem Start - positiv auf die 20er Jahren zurückblicken. Denn wenn wir den Aufbruch schaffen, dann

- wohnen sie in lebendigen, urbanen, bezahlbaren und gleichzeitig grünen und gesunden Quartieren, die wir in den 20er Jahren planen.
- sitzen sie 2050 in den kühlen Schatten der Bäume, die wir heute pflanzen.
- gehen sie zu Fuß, nutzen Fahrrad, Busse, Bahnen und Car-Sharing, weil wir in den kommenden Jahren die Mobilitätswende zum Erfolg führen.

- haben sie teil an der vitalen Düsseldorfer Kulturszene, der wir heute Räume und Unterstützung sichern.
- leben sie in einem solidarischen Düsseldorf, da wir uns heute für Chancengerechtigkeit und Zusammenhalt einsetzen und Armut bekämpfen.
- sind sie in einem offenen, toleranten und vielfältigen Düsseldorf zu Hause, weil wir heute und jeden Tag unsere Stadt gegen Hass, Populismus und Rechtsradikalismus verteidigen.
- leben sie auf einem Planeten, auf dem weiterhin menschliches Leben möglich ist, nachdem wir in den 20er Jahren kommunal wie global die Klimakrise endlich gedreht haben.

Für diese Vision von Düsseldorf stehen wir GRÜNE. Wir wollen gemeinsam mit allen, die hier leben und die hier noch leben werden, das Leben in Düsseldorf gestalten: lebenswert, nachhaltig und zukunftsfähig. Dafür arbeiten wir auf allen Ebenen, in allen Themen und Fachbereichen – mit konkreten Ideen, kreativen Ansätzen und klaren Zielen. Deshalb wollen wir in Düsseldorf noch mehr Verantwortung übernehmen mit unserem Oberbürgermeister-Kandidaten Stefan Engstfeld und unseren Kandidat*innen für den Stadtrat und die Stadtbezirke.

Deshalb: am 13. September die GRÜNEN wählen!

Düsseldorf – gut regiert

Düsseldorf ist die Landeshauptstadt von Nordrhein-Westfalen und hier leben fast 650.000 Menschen. Alle Bürger*innen haben es verdient, dass Düsseldorf gut regiert wird. Eine Kommune ist immer so gut, wie die Menschen, die für sie arbeiten. Das zeigt sich insbesondere in Krisenzeiten, wie wir es gerade in der Bewältigung der Corona-Pandemie erleben.

In **Krisenzeiten** zeigt sich die Belastbarkeit jeder Institution, so auch die einer Stadtverwaltung. Einerseits muss sichergestellt werden, dass Bürger*innen sichere und barrierefreie Zugänge zu den Serviceleistungen bekommen, die so niederschwellig wie möglich angeboten werden. Andererseits müssen die Mitarbeiter*innen, oft in der ersten Reihe tätig, sicher und gut arbeiten können.

-
An erster Stelle muss das „**Schützen und Stützen**“ stehen, ohne dass die Gesundheit der Mitarbeiter*innen gefährdet wird. Ob beim Ordnungs- und Servicedienst oder in den Bürgerbüros: an allen Einsatzorten muss die Stadt zuverlässig und bürgernah sein, auch in Krisenzeiten. Dabei müssen die Belastungen und Bedürfnisse der Mitarbeiter*innen berücksichtigt werden. Das fängt bei angemessenen Schutzvorkehrungen an, die zur Verfügung gestellt werden müssen, und hört bei der

internen Kommunikation noch lange nicht auf. Die extrem hohe Belastung in herausfordernden Zeiten, wie während der Corona-Pandemie, muss gewürdigt und berücksichtigt werden.

-
Zur Bewältigung akuter Krisen hat die Stadt Düsseldorf wie viele Organisationen einen **Krisenstab** eingerichtet, dessen Zusammensetzung und Befugnisse in verschiedenen Krisen-Stufen definiert sind. Gerade bei länger andauernden Krisensituationen, wie aktuell durch die Corona-Pandemie, müssen die demokratisch gewählten Gremien, insbesondere der Stadtrat und die Bezirksvertretungen, so schnell und umfassend wie möglich in das Krisenmanagement einbezogen werden. Zu viele Befugnisse für die Stadtspitze und den Krisenstab, über einen zu langen Zeitraum schwächen nicht nur die Legitimation der Entscheidungen, sie verhindern auch die demokratische Suche nach den besten Lösungen.

-
Auch nach der Corona-Pandemie ist die **Weiterentwicklung und Stärkung der Verwaltung** eine große Aufgabe der zukünftigen Stadtregierung. Zu viele Jahre der Mängelverwaltung haben ihre Spuren hinterlassen, die unbedingt aufgearbeitet werden müssen.

Fachkräfte für Düsseldorfs Verwaltung – halten und werben: Schon heute gibt es einen großen Fachkräftemangel, der auch die Verwaltung betrifft. Bisher sollte dieses Problem vielfach durch eine Verschlinkung der Verwaltung gelöst werden. Doch für die vielen Aufgaben in der Stadt, für bürger*innennahe Politik und guten Service braucht es ausreichend und gut qualifizierte Mitarbeiter*innen. Die letzte Verwaltungsreform war zu sehr auf das Streichen von Stellen ausgerichtet. Unser Weg soll ein anderer sein.

Wir brauchen eine **Kultur des Vertrauens und Zutrauens**, klare Kompetenzen, gute Führung und eine positive Fehlerkultur und -toleranz. Nur so kann man zusammenwachsen und die beste Version der Düsseldorfer Stadtverwaltung werden.

Wir wollen eine **Vereinbarkeits- und Attraktivitätsoffensive** für aktuelle und zukünftige Mitarbeiter*innen der Stadt starten. Wir werden die Einstellung von Quereinsteiger*innen ermöglichen und prüfen, ob für die Mitarbeiter*innen der Verwaltung ein so genannter "Düsseldorf-Zuschlag" gezahlt werden kann - so, wie es andere Großstädte bereits tun. Die Möglichkeiten, von zu Hause aus zu arbeiten, sollen verbessert und die Option dazu selbstverständlich werden. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat uns überraschend gezeigt, wie gut dies umzusetzen ist, auch im großen Maßstab.

Auch in Führungsjobs sollen vollzeitnahe Teilzeit und das Teilen von Jobs möglich werden. In der Konkurrenz um Fachkräfte zählt es auch, adäquate, attraktive Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Mit dem neuen Technischen Rathaus werden wir dafür einen Meilenstein setzen. Wir GRÜNE wollen in einem zweiten Schritt auch für die bürger*innennahen Ämter einen Neubau, beispielsweise an der Moskauer Straße.

Verwaltungsmitarbeiter*innen wissen häufig am besten, wo der Schuh drückt, wenn es um Qualitätssteigerung und effiziente Prozesse geht. Sie müssen mehr gehört, ihre Kompetenzen ernst genommen werden. Zurzeit können die Verwaltungsmitarbeiter*innen niedrigschwellig über eine eingerichtete E-Mailadresse ‚mitreden‘. Wir wollen weitere Formen, sich jenseits der Hierarchien zu Abläufen zu äußern, schaffen und streben ein **verwaltungsinternes Social Intranet** an, auf der Verwaltungsmitarbeiter*innen proaktiv um Rückmeldung gebeten und Reformvorschläge breit diskutiert werden können.

Verwaltung wird von Menschen gemacht und wo Menschen arbeiten, gibt es immer einige wenige, die ihre Macht missbrauchen, Entscheidungen aus unlauteren Gründen treffen oder anderweitig grobe Verstöße gegen Recht und Gesetz begehen. Vorwürfe, die Verwaltung hätte nicht korrekt gehandelt, fallen auf alle Mitarbeiter*innen zurück, die ihre Arbeit nach bestem Gewissen und im Dienste des Allgemeinwohls machen. Wir fordern deshalb eine **Whistleblowing-Stelle** für die Stadtverwaltung als Ergänzung zum Beschwerdemanagement der Stadt.

Wir setzen auf Transparenz - nicht nur bei Open Data, auch bei Verträgen und Vereinbarungen, die die Stadt trifft. Mit allen Vertragspartner*innen soll, wann immer dies rechtlich möglich ist, die Öffentlichkeit der Vereinbarungen verhandelt werden.

Die Verwaltung und die Politik in **Düsseldorf sollten mit gutem Beispiel vorangehen und sich in besonderem Maße den Nachhaltigkeitszielen** verpflichtet fühlen. Dienstwagen, die viel verbrauchen und vergleichsweise wenig im Einsatz sind, sind nicht mehr zeitgemäß. Wir fordern deshalb, dass es ab 2021 **keine Dienstwagenprivilegien** für städtische Angestellte, Amtsleitungen und Vorstände städtischer Tochterunternehmen mehr gibt.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 5 Geschlechtergleichstellung
- 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Finanzen

Nachhaltigkeit im Sinne der „Enkeltauglichkeit“ beinhaltet für uns GRÜNE eine solide und zukunftsfeste Finanz- und Haushaltspolitik. Wir müssen den nachfolgenden Generationen auch die finanziellen Handlungsspielräume für ihre Bedürfnisse erhalten. Gleichzeitig sind wir unseren Kindern und Enkel*innen verpflichtet, die Substanz und die Infrastruktur der Stadt zu erhalten und zu verbessern.

Die Corona-Pandemie und ihre gesellschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen führen zu drastischen Veränderungen in der Finanzpolitik - auch in Düsseldorf. Die Steuereinnahmen werden in 2020 um mehrere hundert Millionen Euro einbrechen und gerade die Gewerbesteuer wird auch in den kommenden Jahren das alte Niveau von fast einer Milliarde Euro Ertrag pro Jahr nicht wieder erreichen. Auch die städtischen Tochterunternehmen und Beteiligungen, allen voran der Flughafen und die Messe, stehen vor finanziellen Herausforderungen, die auf die städtischen Finanzen durchschlagen werden.

Für uns GRÜNE steht fest, dass wir uns nicht aus einer solchen Krise, die auch eine Wirtschaftskrise ist, heraus sparen können. Wir werden die betroffenen Menschen und Unternehmen unterstützen, damit sie neu starten können. Alle Maßnahmen müssen dabei gezielt, effizient und vorübergehend sein, um Mitnahme- und Gießkannen-Effekte zu vermeiden. Die Maßnahmen müssen aber auch die Ziele der Klimaneutralität unterstützen. Im städtischen Haushalt erfordert die Krise neue Antworten. Denn die Schuldenfreiheit alleine ist kein Wert, wenn sie durch Investitionsstau, unterlassenen Klimaschutz, fehlende soziale Teilhabe oder andere kurzsichtige Sparmaßnahmen erkaufte wäre.

Gerade in der wachsenden Stadt Düsseldorf käme uns – beziehungsweise unseren Kindern und Enkel*innen – die „schwarze Null“ als alleiniges Ziel teuer zu stehen. Nachhaltige grüne Haushaltspolitik verbindet das Ziel der generationengerechten Finanzen mit dem Ziel der dauerhaft leistungsfähigen Daseinsvorsorge. Wir wollen den Haushalt der Stadt Düsseldorf in diesem Sinne auf eine „grüne Null“ ausrichten, die einen Ausgleich zwischen fiskalischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessen genauso wie zwischen heutigen und künftigen Generationen symbolisiert.

Grundsätzlich stehen alle Städte und Gemeinden strukturell weiterhin vor großen Herausforderungen, da wir von einer ausreichenden Finanzierung der kommunalen Pflichtaufgaben durch den Bund und das Land NRW weit entfernt sind. Aktuelles Beispiel: Die Rückkehr zum neunjährigen Abitur G9 wurde vom Land entschieden und erfordert in Düsseldorf Investitionen von mehr als 100 Millionen Euro, die nicht ansatzweise vom Land übernommen werden. Wir GRÜNE streiten daher auch im Land und im Bund dafür, dass die kommunalen Finanzen so aufgebaut werden, dass die Städte heute und in Zukunft nachhaltig investieren und haushalten können. Auch für die Auswirkungen der Corona-Pandemie braucht es eine faire Lastenteilung zwischen Bund, Land und Stadt. Die Kommunen brauchen mehr als Bilanzierungshilfen und Kredite. Sie brauchen dringend echte Zuschüsse und Entlastungen.

GRÜN wirkt

Haushaltsschwerpunkte neue gesetzt: In den vergangenen Jahren haben wir den Fokus der Stadt Düsseldorf schrittweise korrigiert. Nach den schwarz-gelben Prestige-Bauprojekten „Kö-Bogen“ und Wehrhahnlinie haben wir den Schwerpunkt neu gesetzt: auf die

Investitionen in Schulen, Schwimmbäder, Kultureinrichtungen und weitere Elemente der Daseinsvorsorge.

Ausgleichsrücklage wieder aufgefüllt: Die Ausgleichsrücklage, also der Puffer innerhalb des städtischen Eigenkapitals zum Ausgleich von negativen wie positiven Jahresabschlüssen, war unter CDU und FDP von 570 Millionen Euro in 2009 auf nur noch ca. 160 Millionen Ende 2014 geschmolzen – mit weiter fallender Tendenz. Mit unserer Unterstützung konnten die Stadtverwaltung und die Stadtkämmerin umsteuern und sowohl die Rücklage wieder auffüllen als auch die liquiden Mittel für Investitionen sicher. Die entscheidende Maßnahme war hierfür³⁷ die Übertragung des Kanalnetzes an den Stadtentwässerungsbetrieb.

Strukturell ausgeglichene Haushalte: Waren bei Schwarz-Gelb negative Jahresabschlüsse die Regel und strukturell ausgeglichene Haushalte die Ausnahme, so haben wir das Verhältnis umgekehrt. 2017, 2018 und 2019 konnten wir mit einem Plus abschließen. 2020 ist erneut strukturell ausgeglichen geplant: Die Ausgleichsrücklage wird erhalten und schrittweise wieder aufgefüllt.

Stabile Rahmenbedingungen: Wir haben die steuerlichen Eckpunkte für die Düsseldorfer Bürger*innen sowie für die Wirtschaft stabil halten können. Insbesondere die Gewerbesteuer ist heute und in Zukunft die wichtigste Säule der städtischen Einnahmen. Hier verknüpfen wir unsere Ziele einer nachhaltigen Haushalts- mit Wirtschaftspolitik (Verweis auf Kapitel Wirtschaft).

Keine ÖPP: Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) zur Finanzierung von Investitionen sind für den Staat meist riskant und teuer. Bundesweit wird dies beispielweise an Autobahnprojekten deutlich. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass es nach dem von CDU und FDP beschlossenen Neubau des Balletthauses keine weiteren ÖPP gibt.

Divestment: Auf unseren Druck hat die Stadt Düsseldorf in 2019 endlich ihre letzten RWE-Aktien verkauft (Verweis auf Kapitel Wirtschaftsförderung).

Transparenz verbessert: Der Haushaltsplan und das laufende Controlling sind in den vergangenen Jahren ein erstes Stück transparenter und lesbarer geworden. Die Jahresabschlüsse der Stadt und ihrer städtischen Tochterunternehmen und Beteiligungen werden deutlich schneller erstellt, beraten und beschlossen.

Neue Impulse: Mit der Idee, die Nachhaltigkeitsziele (SDG, siehe auch Kapitel ...) und eine geschlechtergerechte Finanzpolitik („Gender Budgeting“) auch im städtischen Haushalt zu etablieren, haben wir neue Impulse gesetzt, die in den kommenden Jahren stufenweise umgesetzt werden (Verweis auf Gleichstellung und Nachhaltige Entwicklung)

GRÜNE Vision

Zukunftspakt: Die Auswirkungen der Corona-Pandemie führen zu deutlich geringeren Steuereinnahmen in den kommenden Jahren, so dass die Stadt vorübergehend auf Kredite zur Liquiditätssicherung zurückgreifen muss. Um die notwendigen Investitionen in Klimaschutz, Bildung, Verkehrswende, Kultur und vieles andere weiterhin stemmen zu können, muss auch die Schuldenbremse - die sich nur auf Kredite für Investitionen bezieht - ausgesetzt werden. Wir wollen mit einem Zukunftspakt den Aufbruch aus der Krise schaffen: mit einem Plan für die Investitionen und mit klarem Kurs, wie wir wieder ausgeglichene Haushalte und die Tilgung der Kredite erreichen. (Verweis Corona-Extra und Wirtschaftskapitel)

Nachhaltig: Wir GRÜNE wollen, dass der im städtischen Haushalt die Nachhaltigkeitsziele verankert werden. Dafür kann die vorhandene Struktur (Doppik) mit den Kenn- und Zielzahlen genutzt werden. Für die städtischen Finanzanlagen wollen wir nachhaltige Anlagekriterien.

Tragfähig: Basierend auf dem Projekt des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIfU) am Beispiel der Stadt Köln wollen wir ein Tragfähigkeitskonzept für den Düsseldorfer Haushalt inklusive der städtischen Tochterunternehmen und Beteiligungen erarbeiten. Die Basis bildet eine Analyse, die neben den aktuellen und mittelfristigen Haushaltsdaten die langfristigen Bedarfe und Risiken umfasst. Darauf aufbauend werden Modelle entwickelt, die bei heutigen politischen Entscheidungen unmittelbar die Auswirkungen auf die langfristige finanzielle Nachhaltigkeit der Stadt abschätzen.

Wirkungsvoll: Die Chancen der Umstellung kommunaler Buchhaltung auf das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) inklusive der Doppik (Doppelte Buchführung in Produkten und Konten) sind im Düsseldorfer Haushalt noch weitgehend ungenutzt. Wir wollen die Vorteile besser nutzen, insbesondere die Steuerung über Ziele und Kennzahlen.

Transparent: Der städtische Haushalt ist auch heute kein Buch mit sieben Siegeln. Aber wir wollen insbesondere die Möglichkeiten der digitalen Darstellung und Aufbereitung noch besser nutzen, um ihn für interessierte Bürger*innen zugänglich zu machen. Die Open Data Projekte können hierfür Vorbilder und Unterstützung liefern.

Bürgerhaushalt: Aufbauend auf einer verbesserten Transparenz des städtischen Haushalts wollen wir GRÜNE die unterschiedlichen Ansätze von Bürgerhaushalten weiterverfolgen. Denkbar sind sowohl partizipative Elemente zum Gesamthaushalt als auch sogenannte Bürgerbudgets auf Quartiers-, Stadtbezirks- oder Stadtebene, angelehnt an die erfolgreichen Verfügungsfonds in der integrierten Stadtentwicklung.

Keine ÖPP: Auch in Zukunft lehnen wir Öffentlich-Private-Partnerschaften als Projektfinanzierung ab. Wir wollen die Stadt und ihre Tochterunternehmen so aufstellen, das sie ihre Stärken nutzen können und die Projekte stemmen können.

Engagement der Bürger*innen: Bei besonderen Projekten wie der Sanierung des Schauspielhauses oder dem Neubau der Waldschule haben Bürger*innen sich finanziell stark engagiert. Wir GRÜNE haben für diese Verbundenheit der Düsseldorfer*innen mit ihrer Stadt und den besonderen Orten große Dankbarkeit und hohen Respekt. Wir möchten dieses Engagement auch in Zukunft für entsprechende Projekte ermöglichen und um Unterstützung werben. Denkbar wären beispielsweise spezielle Bürgeranleihen, die auch einen nicht finanziellen Gegenwert erhalten können.

Kommunales Wirtschaften: Wir Grüne wollen die Prioritäten bei den städtischen Tochterunternehmen und den Unternehmensbeteiligungen überprüfen und neu ausrichten. Der Verkauf der RWE-Aktien war richtig. Einen möglichen Verkauf der städtischen Flughafenanteile schließen wir nicht aus. Für die Daseinsvorsorge in Düsseldorf sind die Beteiligungen an den Stadtwerken und der Awista strategisch wichtig. Hier streben wir eine Erhöhung der städtischen Anteile an.

Fördermittel: Für zahlreiche Themen gibt es projektbasierte Fördermittel der Europäischen Union, des Bundes oder des Landes. Wir wollen die Beratung und die konkrete Akquise durch eine zentrale Stelle in der Finanzverwaltung stärken.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 7 Bezahlbare und saubere Energie
- 12 Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster
- 17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Wirtschaftspolitik

Grüne Wirtschaftspolitik hat Nachhaltigkeit im Blick: ökonomisch, ökologisch und sozial. Auch jetzt infolge der Corona-Krise gilt:

Düsseldorf hat einen vielseitigen Branchenmix, ist gleichzeitig Heimat zahlreicher etablierter Unternehmen sowie junger Start-Ups. Zahlreiche Investitionen und Ansiedlungen globaler Firmen zeigen die starke Internationalität und Offenheit unserer Stadt. Mit den Hoch- und Fachhochschulen ist Düsseldorf zudem ein starker Standort für Wissenschaft und Innovation, was gerade für die Cluster Informations- und Kommunikationstechnologie (ITK) und Biotechnologie elementar ist. Auch die Messe, der Handel, die Gastronomie und nicht zuletzt die Kultur- und Kreativwirtschaft sind prägend in unserer Stadt – sowohl wirtschaftlich als auch für das gesellschaftliche und kulturelle Leben in

unserer Stadt. Industrie und produzierendes Gewerbe bleiben ebenso elementar wichtig für Düsseldorf und seine Zukunft. Einige Branchen leiden zurzeit sehr unter der allgemeinen Konjunkturschwäche und ausbleibenden Einnahmen.

- Das hat auch Auswirkungen auf die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind die wichtigste Säule im städtischen Haushalt, aktuell aber nahezu vollständig eingebrochen. Das stellt die Stadt vor große Herausforderungen.

- Wir GRÜNE stehen für verlässliche Rahmenbedingungen und wollen Düsseldorf als Wirtschaftsstandort in allen Dimensionen – ökonomisch, ökologisch, sozial – krisen- und zukunftsfest machen. Das war schon vor der Krise richtig und gilt heute umso mehr. (Sofortprogramm siehe "Klarer Kompass für Krisenzeiten") In den vergangenen Jahren haben wir schon viel erreicht:

GRÜN wirkt

Innovativ: Start-Ups erfahren deutlich bessere Unterstützung, Beratung und Vernetzung durch die Stadt. Zahlreiche und unterschiedliche Co-Working Flächen sind entstanden und bieten eine kreative und wertvolle Umgebung.

Neu: Düsseldorf ist weiterhin attraktiv für Unternehmen aus dem In- und Ausland. Dynamisch wachsende Unternehmen wie Wacom, Stepstone oder Trivago konnten an neuen Standorten in der Stadt gehalten werden. Neue und innovative Entwicklungen wie der „EUREF-Campus“ am Flughafen Fernbahnhof konnten ermöglicht werden. Mit der Ko-Finanzierung des „digihub“ haben wir eine neue Vernetzung von Mittelstand, Start-Ups, Konzernen, Wissenschaft und Investor*innen ermöglicht.

Stabil: Mit dem Konzept der Industrie-Kernzonen haben wir den produzierenden Unternehmen einen verlässlichen Rahmen gegeben. Wir schützen Flächen für Industrie und Gewerbe, insbesondere gegen ausufernde Büroneubauten oder ungesteuerten großflächigen Einzelhandel. Und auch in finanziell schwierigeren Jahren haben wir die Gewerbesteuer und die Grundsteuern stabil gehalten.

Kreativ: Die in Düsseldorf wichtige Modebranche haben wir weiter unterstützt und mit Fair Fashion & Nachhaltigkeit neue Themen gesetzt. Mit dem Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft haben wir eine Anlaufstelle für kreative Köpfe geschaffen. Die Bedeutung von Kreativräumen ist endlich auch in der Stadtplanung etabliert, ebenso das Ziel, Räume wo immer möglich, zu sichern und auszubauen.

GRÜNE Vision

Wir GRÜNE wollen die Wirtschaftsförderung noch stärker an der ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit ausrichten. Wir schaffen stabile Rahmenbedingungen und die Basis für eine zukunftsfeste Entwicklung der Düsseldorfer Wirtschaft.

Klimaschutz ist Pflicht und Chance: Damit Düsseldorf klimaneutral ist, müssen auch Industrie, Gewerbe und Handel Verantwortung übernehmen und große Beiträge leisten. Gleichzeitig sind die für den Klimaschutz nötigen Energie-, Wärme- und Verkehrswende große Markt-Chancen für die innovative Düsseldorfer Wirtschaft. Wir wollen ein Bündnis aus Stadt und Wirtschaft für das klimaneutrale Düsseldorf. Energieeffizienz, Ökostrom-Ausbau, Wärme- und Kältenetze und viele Themen mehr müssen wir gemeinsam angehen. Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei auf gemeinsamen Projekten für zukunftsfähige Mobilität und City-Logistik in Düsseldorf und der Region liegen.

Die Digitale Transformation bedeutet mehr als Breitband-Ausbau oder freies WLAN. Sie bedeutet für viele Wirtschaftsbranchen grundsätzliche Umbrüche, die Herausforderungen und Chancen gleichzeitig sind. Gerade die in Düsseldorf starken Branchen der Telekommunikation, der Banken und Versicherungen stehen dabei im Fokus. Gemeinsam müssen Stadt und Wirtschaft die Digitalisierung gestalten, Rahmenbedingungen setzen und Innovationen ermöglichen. Auch die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen wird dabei eine wichtige Aufgabe für die städtische Wirtschaftsförderung.

Auch bei der Digitalen Transformation steht für uns GRÜNE der Mensch im Mittelpunkt. Daten- und Verbraucherschutz sind daher nicht lästig, sondern spielen eine wichtige Rolle für das Gelingen und die Akzeptanz von Veränderungen. (hier Verweis auf das Kapitel Digitale Transformation)

Die Kultur- und Kreativwirtschaft wollen wir noch besser unterstützen. Das von uns initiierte Kompetenzzentrum „KomKuK“ werden wir weiterentwickeln und stärken, insbesondere für eine bessere Ermöglichung und Vermittlung von Räumen für Künstler*innen und Kreative. Dafür muss die Lotsenfunktion der KomKuK innerhalb der Stadtverwaltung besser unterstützt werden. Zusätzlich braucht es ein Budget für kleine und unkomplizierte, aber wirksame Zuschüsse für Projekte in der Kultur- und Kreativwirtschaft.

„Düsseldorf nach Acht“: Wir GRÜNE wollen die Düsseldorfer Nachtkultur und Nachtökonomie noch stärker in den Fokus nehmen und das interdisziplinär: wirtschaftlich, kulturell, ordnungspolitisch und stadtplanerisch. Als Basis muss die bereits beschlossene Analyse dringend kommen. Für die Koordination ist ein*e „Nachtbürgermeister*in“ eine gute Option.

Die Unterstützung von Start-Ups und Gründer*innen wollen wir weiterentwickeln. Für die Wachstumsschritte gehört dazu insbesondere die Hilfe bei der Suche nach passenden Räumen und nach Fachkräften. Die Stadt muss auch die vielfältigen Co-Working Spaces noch besser wahrnehmen und die jeweiligen Stärken nutzen und

unterstützen.

Der Einzelhandel ist aufgrund des weiter zunehmenden Onlinehandels immer noch inmitten großer Veränderungen. Wir wollen den Einzelhandel und das (Schaufenster-)Gewerbe in diesem Prozess bestmöglich unterstützen. Neben innovativen Verknüpfungen von lokalem Handel mit den eigenen online Angeboten gehören dazu insbesondere attraktive Einkaufsstraßen mit hoher Aufenthaltsqualität, damit mehr Platz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen – sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtteilzentren. Bestehende und neue Standortgemeinschaften in den Stadtteilen und Quartieren fördern wir.

Die Verknüpfung mit den Hoch- und Fachhochschulen wollen wir weiter ausbauen. Dazu wollen wir mit den Vorständen und Studierenden Vertretungen (ASTA) beraten, wie eine regelmäßige Vernetzung mit der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik am besten möglich wäre, um gemeinsame Projekte zu koordinieren. Der Kern wären zunächst die Düsseldorfer Hoch- und Fachhochschulen, perspektivisch streben wir regionale Kooperationen an. Auch die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen privaten Hochschulen sollte verbessert werden.

Flächen für Industrie und Handwerk werden wir Grüne weiter sichern und das Konzept der Kernzonen stärken (hier Verweis auf das Kapitel Stadtentwicklung). Auch bei der Entwicklung innerstädtischer Innen- und Hinterhöfe streben wir eine urbane Nutzungsmischung aus Wohnen und Arbeiten an.

Qualifizierte Fachkräfte sind für die Zukunft unserer Stadt elementar wichtig – von der Pflege bis zur IT, von der städtischen Verwaltung bis zur Kita.

Gemeinsam mit den Kammern, Verbänden und Gewerkschaften wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen in Düsseldorf schaffen. Indem wir die Koordination mit dem Jobcenter, den Kammern und den städtischen Ämtern weiter verbessern, ermöglichen wir mehr qualifizierten Migrant*innen einen möglichst unkomplizierten Einstieg in den Arbeitsmarkt und die Gründung.

Zur erfolgreichen Fachkräftegewinnung gehören auch viele weiche Standortfaktoren wie Wohnen, moderne Mobilität, gute Schulen und Kitas sowie ein attraktives Lebensumfeld (u. a. „Düsseldorf nach Acht“).

Wir wollen Unternehmen der solidarischen Ökonomie besonders unterstützen. Sie spielen eine wichtige Rolle in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und verbinden die Dimensionen der Nachhaltigkeit unmittelbar. Düsseldorf sollte europäische Fördermöglichkeiten nutzen und innerhalb der Wirtschaftsförderung spezielle Unterstützung für Unternehmen der solidarischen

Ökonomie aufbauen.

Die Transparenz der Wirtschaftsförderung wollen wir verbessern, insbesondere hinsichtlich der Fördermittel und der Kooperationen. Die Kriterien und Bedingungen für Zuschüsse müssen nachvollziehbar sein und den Zielsetzungen für einen nachhaltigen, sozialen und ökologischen Wirtschaftsstandort entsprechen. Stadtmarketing und Tourismus ist in Düsseldorf in den vergangenen Jahren professioneller und moderner geworden. Neben dem viel diskutierten Motto „Nähe trifft Freiheit“ geht es dabei vornehmlich um bessere Strukturen und Koordination, um gezieltere Vermarktung und innovative Angebote. Wir wollen diesen Weg weitergehen und das Düsseldorfer Marketing noch moderner und nachhaltiger gestalten, beispielsweise mit einem Schwerpunkt auf der vielfältigen Kultur und Subkultur und neuen Initiativen für den Tages- und Radtourismus. So können die Ziele des „Slow Tourism“ oder „Soft Tourism“ mit den Düsseldorfer Stärken beispielsweise zu den Themen Musik und Mode verknüpft

werden. Bei der strategischen Ausrichtung des Tourismus sollen Besucher*innen gleichwertig mit den Düsseldorfer*innen betrachtet werden.

Die Potentiale der Düsseldorfer Wirtschaft wirken in die Region, gleichzeitig profitiert Düsseldorf von der Wirtschaftskraft der Regionen. Wir wollen die Regionalen Kooperationen der Stadt ausbauen, beispielsweise die „Euregio“-Kooperationen mit den Niederlanden und in der RadRegion Rheinland e.V. (Hier Verweis auf das Kapitel Regionale Kooperationen)

Reisholzer Hafen

Die Idee, den Reisholzer Hafen zu einem trimodalen Hafen auszubauen, ist auch in den vergangenen fünf Jahren kaum konkreter geworden. Die vorliegenden Pläne und Untersuchungen sind immer noch keine ausreichende Basis für eine Entscheidung für oder gegen den Ausbau. Offen sind insbesondere die Fragen, welchen Bedarf die Industrie im Düsseldorfer Süden tatsächlich selbst hat, und welche Auswirkungen ein Ausbau auf den Verkehr hätte.

Denn die entscheidende Frage ist weiterhin die Verkehrsbelastung: Würde es ein Hafen für die Region oder ein überregionales Logistkdrehkreuz? Davon hängt ab, ob Güter, die aktuell per LKW über die Straßen in Wersten, Benrath und Reisholz rollen, auf den Rhein und die Schiene verlagert werden oder ob mehr Verkehr erzeugt wird. Die direkt im ausgebauten Hafen entstehenden Arbeitsplätze sind aufgrund der geringen Anzahl und der wenig arbeitsplatzintensiven Ausgestaltung moderner Häfen nachrangig. Wichtiger ist auch hier, dass durch einen lokalen Hafen für die Region die Industriestandorte und damit Jobs im Düsseldorfer Süden gesichert werden können.

Wir GRÜNE werden neben den direkten Verkehrsauswirkungen weiterhin die Konsequenzen für die umliegenden Naturschutzgebiete und Wohngebiete beachten. Im Fokus liegen dabei in erster Linie die Belastungen durch Lärm- und Lichtemissionen. Eine moderne, leise und wenig Streulicht erzeugende Anlagengestaltung ist für uns Voraussetzung. Weitere Punkte, die wir berücksichtigen werden, sind die Zukunft der Künstler*innen-Ateliers und der notwendige Lückenschluss im Rheinradweg.

GRÜNE haben seit der Kommunalwahl erfolgreich die Bedingungen für die weiteren Planungen durchgesetzt. Diese gelten für uns auch in Zukunft:

Die GRÜNEN stellen folgende Bedingungen an einen möglichen Ausbau des Reisholzer Hafens:

Beteiligung und Transparenz: Alle Informationen und Planungen werden öffentlich gemacht und transparent erläutert. Bei allen Plänen und Entscheidungen werden die Bürger*innen frühzeitig informiert und beteiligt.

Verkehrsverlagerung statt Verkehrsvermehrung: Das Konzept muss eine Verlagerung heutiger LKW-Verkehre auf Binnenschiffe und Schiene ermöglichen und somit eine Reduzierung der Verkehrsbelastung auf den Straßen im Düsseldorfer Süden erreichen. Einen überregionalen Hub, der neue Verkehrsströme auf den Düsseldorfer Straßen erzeugt, lehnen wir ab. Entsprechende vertragliche Sicherungen müssen festgeschrieben werden.

Regionale Kooperation: Der Standort muss in der Kooperation mit den Häfen in Krefeld und Köln entwickelt und privatwirtschaftlich gebaut und betrieben werden. Das Projekt muss unabhängig von Steuergeldern realisiert werden und wirtschaftlich betrieben werden können.

Umweltschutz: Alle Auswirkungen auf den Rhein, die umliegende Natur und die Anwohner*innen müssen genau untersucht, öffentlich gemacht und minimiert werden.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- Keine Armut
- Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum
- Industrie, Innovation und Infrastruktur
- Weniger Ungleichheit
- Bezahlbare und saubere Energie
- Nachhaltige/r Konsum und Produktion